

«Bereit, Verantwortung zu übernehmen»

OKP-Streit Auch VU-Präsident Günther Fritz ruft alle Ärzte dazu auf, ab dem 1. Januar 2017 den Tarmed anzuwenden. Das Vorgehen der FBP in dieser Angelegenheit habe aber sehr viel verbrannte Erde hinterlassen, und deshalb seien neue Köpfe gefragt.

Wie sehen Sie den aktuellen Konflikt zwischen der Regierung und dem Krankenkassenverband (LKV) auf der einen Seite und der Ärztekammer auf der anderen Seite?

Günther Fritz: Mit dem Ausstieg aller bisherigen OKP-Ärzte aus den OKP-Verträgen wurde nach vier Jahren FBP-Gesundheitspolitik unter der Führung von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini eine neue Eskalationsstufe erreicht. Eine für alle Beteiligten tragbare Lösung ist derzeit nicht in Sicht, weil die Ärzte ihr Vertrauen in die Exponenten des LKV und den Gesundheitsminister total verloren haben. Im Zentrum der politischen Anstrengungen muss jetzt eine Übergangslösung für die Versicherten stehen, damit diese auch im neuen Jahr mit gutem Gewissen zum Arzt gehen können, ohne verunsichert sein zu müssen, ob die Krankenkassen dann die Rechnung bezahlen oder nicht. Dieser Konflikt darf nicht auf dem Buckel der Patienten ausgetragen werden.

Die aus den OKP-Verträgen aussteigenden Ärzte machen es dem LKV und der Regierung aber schwer, eine Übergangslösung zu finden, weil sie ab dem 1. Januar nicht nach dem Tarmed, sondern nach dem alten Liechtensteiner Tarif abrechnen wollen.

Diese Haltung der Ärzteschaft ist schwierig nachzuvollziehen, weil das neue Krankenversicherungsgesetz am 1. Januar 2017 in Kraft tritt und auch das Schweizerische Tarifsystem gesetzlich verpflichtend umgesetzt werden muss. Die «OKP-Aussteiger» verstossen dabei insofern nicht gegen das Gesetz, weil Nicht-OKP-Ärzte nicht an den Tarif gebunden sind. Die Kassen dürfen den Patienten für Leistungen von Nicht-OKP-Ärz-

ten allerdings höchstens den Tarif bezahlen, den Ärzte mit OKP-Vertrag bekommen. Um den Versicherten die Angst zu nehmen, dass sie am Schluss noch auf der Differenz sitzen bleiben, rufe ich die Ärztekammer dazu auf, auch als Nicht-OKP-Ärzte ab dem 1. Januar 2017 den Tarmed anzuwenden. Alle Arztpraxen sind ja in technischer Hinsicht darauf vorbereitet und entsprechende Schulungen wurden bereits absolviert. Dieser Schritt wäre aus Sicht der Patienten sehr zu begrüssen und würde die Ärzteschaft vom viel gehörten Verdacht befreien, dass ihre Aktion letztlich darauf abzielt, den per Volksabstimmung etablierten Tarmed zu verhindern zu wollen.

FBP-Präsident Thomas Banzer wirft der VU vor, sie sei aus wahlkampfaktischen Gründen nicht an einer Lösung der aktuellen Situation um den OKP-Schlamassel interessiert. Vielmehr heize die VU das Thema weiter an. Was sagen Sie dazu?

Der FBP-Präsident sagt, dass die FBP seit Jahren um Lösungen in der Gesundheitspolitik ringt und dass Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini viel erreicht habe. Ich pflichte dem insofern bei, dass der Gesundheitsminister mit seinem von Respektlosigkeit und Geringschätzung geprägten Kommunikationsstil sehr viel verbrannte Erde hinterlassen hat. Seine neoliberale Politik, bei der Excel-Tabellen wichtiger sind als die Menschen, hat nicht nur bei den Ärzten und anderen Gesundheitsberufen, sondern auch bei den Senioren und dem Mittelstand viel Geschirr zerschlagen. Deshalb sollte sich Thomas Banzer selber einmal fragen, wer hier die Brandstifter und wer die Feuerlöscher sind. Was kann die VU dafür, dass am Ende einer vierjährigen Legislaturperiode nichts anderes als ein zerschnittenes



VU-Präsident Günther Fritz: «Was die politische Seite betrifft, nimmt die VU ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahr und ist im Falle eines Wahlsieges auch bereit, mit neuen Köpfen, Kräften und Ideen im Rahmen des heutigen KVGs wieder gemeinsam Lösungen für das Gesundheitswesen zu finden.»

Tuch auf dem Tisch zwischen Regierung, Ärzten, praktisch allen übrigen Gesundheitsberufen und Krankenkassenverband liegt? Hier möchte ich klar festhalten, dass die Brandstifter aus dem neoliberalen Flügel der FBP kommen.

Apropos neoliberaler Flügel der FBP: Für den FBP-Präsidenten steht die VU heute weiter links als früher. Wie verorten Sie die VU?

Thomas Banzer scheint die von den «Unabhängigen» gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, die VU politisiere mit der Freien Liste zusammen in einer «rosaroten» Koalition, aus wahlstrategischen Gründen zu gefallen, sonst würde er diese Bezeichnung nicht immer wieder unreflektiert aufgreifen. Die VU ist nach wie vor eine Mittepartei, welche die wirtschaftsliberalen Grundsätze hochhält, ohne die sozialen Anliegen zu vernachlässigen. Wenn ein Mehr an Solidarität mit einer Absage an die vom Regierungschef vier Jahre lang gestützte neoliberale Eigenverant-

wortungsdoktrin des Gesundheitsministers ist, dann stehen wir in diesen Belangen gerne links vom neoliberalen Flügel der FBP.

Will die VU mit ihrer Kritik an der FBP-Kriegsrhetorik also nicht das neue KVG oder den Tarmed in Frage stellen?

Nein, wir stellen beides nicht in Frage. Jetzt geht es aber um die konkrete Umsetzung des Gesetzes mittels der dazugehörigen Verordnung. Dies ist Sache des zuständigen Ministers. Regierungsrat Mauro Pedrazzini ist auf seinem neoliberalen Kriegspfad bis letzte Woche vom inzwischen wieder einmal beleidigten Regierungschef kräftig sekundiert worden. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da der Gesundheitsminister dem Finanzminister Adrian Hasler mit der KVG-Revision und der AHV-Reform im Hinblick auf die Sanierung des Staatshaushalts äusserst dienlich war.

Wie beurteilen Sie den Vermittlungsversuch des Regie-

rungschefs, der sich vergangene Woche bei der Aussprache mit der Ärztekammer sehr verständnisvoll zeigte und Bereitschaft bekundete, die Verordnung zum KVG nach den Wünschen der Ärztekammer abzuändern?

Diesen Vermittlungsversuch finde ich grundsätzlich positiv. Allerdings kam es dem Regierungschef ziemlich spät in den Sinn, als Krisenmanager bzw. als Feuerlöscher einzugreifen, denn das von Mauro Pedrazzini angezündete Feuer eines kompletten Vertrauensverlustes in das Gesundheitsministerium und den LKV brannte schon lange lichterloh. Der Regierungschef konnte ja auch nicht mehr anders, weil ihn der FL-Regierungschefkandidat Ecki Hermann anlässlich der LPC-Diskussion regelrecht dazu gedrängt hatte. Ich frage mich, wie sich Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini wohl wirklich gefühlt haben muss, nachdem der Regierungschef gegenüber der Ärzteschaft plötzlich eine Kompromiss- oder gar Kapitulationsbereitschaft an den Tag legte, welche Mauro Pedrazzini

total widerstreben muss. Und dies, nachdem der Regierungschef «seinen» FBP-Minister in den vergangenen vier Jahren an der Front gegen die Leistungserbringer die Muskeln spielen und die Stigmatisierung eines ganzen Berufsstandes als «Abzocker» und «schwarze Schafe» gewährleisten liess.

Ziehen die Koalitionsparteien aber noch am gleichen Strick, wenn es darum geht, die vom Volk angenommene KVG-Revision umzusetzen?

Die derzeitigen Exponenten der FBP würden gut daran tun, weniger gekränkt auf die anderen zu zeigen und abstruse Verschwörungstheorien aufzustellen, wie jene des gedungenen «Vaterland»-Redaktors. Vielmehr wäre etwas Selbstkritik angebracht und man dürfte sich daran machen, die selbst angerichtete Suppe auszulöffeln. Davon sind die derzeitigen FBP-Exponenten aber meilenweit entfernt.

Wie kann die Vertrauenskrise nach den Wahlen überwunden werden?

Wenn wir die bisherige Konfliktbewältigungsversuche unter den beteiligten Akteuren anschauen, scheint so viel Geschirr zerschlagen worden und ein unüberwindbares gegenseitiges Misstrauen vorhanden zu sein, dass es neue Köpfe am Verhandlungstisch braucht. Was die politische Seite betrifft, nimmt die VU als breit abgestützte Volkspartei ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung selbstverständlich wahr und ist im Falle eines Wahlsieges auch bereit, mit neuen Köpfen, Kräften und Ideen im Rahmen des heutigen KVGs wieder gemeinsam Lösungen für das Gesundheitswesen zu finden, die langfristig bezahlbar und tragfähig sind und vor allem den Patienten schnell Sicherheit und Vertrauen zurückgeben.

31. NEUJAHRESTREFFEN 2017

Neue Wirtschaftszweige und Digitalisierung

Wie Luxemburg sich für die Zukunft wappnet

Freitag, 6. Januar 2017
16:30 Uhr, Vaduzer Saal

Vizepremierminister
Etienne Schneider

Wirtschaftsminister sowie
Minister für Innere Sicherheit
und Verteidigung von Luxemburg

PROGRAMM

16:30 Uhr
Eintreffen der Gäste und Apéro

17:00 Uhr
Begrüssung
Günther Fritz, Parteipräsident

50 Jahre Jugendunion
Adolf Heeb, Gründungsmitglied
Yannick Zurflüh, JU-Präsident
Günther Fritz, Parteipräsident

Impulsreferat
Vizepremierminister Etienne Schneider,
Wirtschaftsminister von Luxemburg

Gespräch
zwischen Vizepremierminister Etienne
Schneider und Regierungschef-Stellvertreter
Thomas Zwiefelhofer

Schlusswort
Violanda Lanter-Koller,
Landtagsvizepräsidentin

Festwirtschaft mit Verpflegungsmöglichkeit
www.machen.li



Vaterländische Union